



BID - Medieninformation vom 29.01.2015

Immobilienwirtschaft warnt vor Überregulierung des Wohnungsmarktes

Berlin – Der Jahresempfang der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland stand ganz im Zeichen des Dialogs zwischen Politik und Realwirtschaft. „Die großen bau- und wohnungspolitischen Herausforderungen können nur bewältigt werden, wenn wir uns gemeinsam auf Lösungen verständigen“, betonte Jens-Ulrich Kießling, Vorsitzender der BID und Präsident des IVD, bei seiner Begrüßung. Große Erwartungen setze man dabei in das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ mit der Baukostensenkungskommission. „Diese Initiative des Bundesbauministeriums verstehen wir als klares Bekenntnis zum dauerhaften, partnerschaftlichen Dialog“, so Kießling.

Bevor der Wohnungswirtschaft weitere Regulierungen auferlegt würden, müssten zunächst die wahren Preistreiber identifiziert und sämtliche gesetzliche Vorhaben auf Wirtschaftlichkeit und Effektivität geprüft werden. Kießling nannte dabei die Kappungsgrenze, Mietpreisbremse, Grunderwerbsteuer, Grundsteuer und die EnEV. Natürlich müsse auch das Baurecht auf den Prüfstand gestellt werden – Stichworte Stellplatzverordnung oder Abstandsflächen.

Die drei zentralen Forderungen der Immobilienwirtschaft gegenüber der Politik fasste Kießling folgendermaßen zusammen: „Es dürfen erstens keine weiteren Regulierungen mehr eingeführt werden, bevor nicht zweitens die Ergebnisse umfassender Evaluierungen vorliegen, um drittens zu einer für die Immobilienwirtschaft unverzichtbaren Verlässlichkeit der Rahmenbedingungen zu kommen.“

Die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Iris Gleicke, erklärte in ihrem Grußwort: „Die deutsche Immobilienwirtschaft hat nicht nur die Finanz- und Wirtschaftskrise sehr gut überstanden. Sie ist gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ein wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Deutschland und zählt mit 4 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu den wichtigsten Arbeitgebern in Deutschland. Ich bin zuversichtlich, dass die Immobilienwirtschaft dank ihrer Erfahrungen und Expertise auch für künftige Aufgaben gut aufgestellt ist. Das stimmt auch mit Blick auf das Gelingen der Energiewende sehr zuversichtlich.“

Gunther Adler, Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit unterstrich die Bedeutung, die die BID im Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen und als Mitglied des Wohnungswirtschaftlichen Rates einnimmt. Nur mit einer gemeinsamen Zielrichtung sei man in der Lage, möglichst schnell Lösungen herbeizuführen.

Rund 350 Gäste aus Wirtschaft und Politik waren der Einladung der in der BID zusammen geschlossenen Verbände BFW, bsi, DDIV, GdW, IVD, vdp und ZIA in das Humboldt Carré gefolgt.

In der Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, bsi, DDIV, GdW, IVD, vdp, und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info

**BID Bundesarbeitsgemeinschaft
Immobilienwirtschaft Deutschland**

c/o IVD
Littenstraße 10
10179 Berlin

www.bid.info

Büroleitung der BID
Dennis Beyer

Tel.: 030 / 27 90 85 66
Mobil 0173 / 596 70 86
Fax: 030 / 27 57 26 49
E-Mail: dennis.beyer@bid.info

Pressekontakt

Carolin Hegenbarth/IVD
Tel.: 030 / 27 57 26 0
Fax: 030 / 27 57 26 49
E-Mail: presse@bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

bsi Bundesverband Sachwerte und
Investmentvermögen

DDIV Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

IVD Immobilienverband Deutschland
Bundesverband der Immobilienberater,
Makler, Verwalter und Sachverständigen

vdp Verband deutscher
Pfandbriefbanken

ZIA Zentraler Immobilien Ausschuss